

Die neue Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde

Fachkunde kostet

Natalie Avanzino 2.12.2014, 20:59 Uhr

Der Bund schreibt im Kindes- und Erwachsenenschutz seit zwei Jahren fachkundige Behörden vor. Dies ergibt Sinn, wird doch über heikle Eingriffe in die Persönlichkeitsrechte entschieden. Fachkunde erfordert Expertenwissen und Praxis. Diese beiden Komponenten waren bei den vormaligen Vormundschaftsbehörden, die aus Laien zusammengestellt wurden, nicht immer anzutreffen. Auch entschied nicht selten in Personalunion derselbe politische Akteur über die Placierung eines Kindes in ein Heim, der am Folgetag die Rechnung visieren musste. Dies ist nun Vergangenheit. Am 1. Januar 2013 löste die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde (Kesb) schweizweit die Vormundschaftsbehörden ab. Dass ein Fachgremium im Vergleich zum Milizsystem teurer werden würde, war klar. Die Kesb benötigen im Kanton Zürich denn auch deutlich mehr finanzielle Mittel als die Vorgängerbehörde. Trotzdem wollten die Gemeinden den Kindes- und Erwachsenenschutz als kommunale Aufgabe behalten. Wenn nun Politiker auf der Basis von Einzelfällen in der Öffentlichkeit Empörung schüren, ist dies wenig zielführend. Gerade auch aufgrund der Tatsache, dass die vielbeachteten Fälle im Kinderschutz seit Einführung der Kesb eine unauffällige Entwicklung zeigen. Zudem ist daran zu erinnern, dass die Geschichte der Heimplacierungen durch Vormundschaftsbehörden mehr als ein dunkles Kapitel hat. Man denke etwa an das Hilfswerk «Kinder der Landstrasse» der Stiftung Pro Juventute. Mit Unterstützung der Vormundschaftsbehörden wurden zwischen 1926 und 1973 Hunderte Kinder von Fahrenden ihren Familien entzogen und in Heime gesteckt.

Dass heute ein Gremium aus verschiedenen Fachrichtungen auf diesem hochsensiblen Feld von Eingriffen in Persönlichkeitsrechte der Betroffenen entscheidet, ist eine längst fällige Professionalisierung. Die Akzeptanz der Gemeinden und der Öffentlichkeit fehlt noch, dies ist aber einem derartigen Paradigmenwechsel inhärent. Auf die Arbeit der Kesb wird dies kaum Einfluss haben, denn sie besteht im Gegensatz zur Vorgängerbehörde nicht aus gewählten Kommunalpolitikern.